

Leserbrief Heinz-W. Hammer, Essen /21.03.2014

Betreff: »Auf lange Sicht – Was bringen Sanktionen«, Klartext-Kommentar von Knut Pries, in: NRZ, 21.03.2014

Herr Pries philosophiert über die »Zweckmäßigkeit von Sanktionen« gegenüber Rußland und schreibt u.a.: »Die Gegenseite zeigt auf Kuba, wo der jahrzehntelange US-Boykott eher das Gegenteil der beabsichtigten Wirkung erzielt (...) Ob Sanktionen etwas taugen oder nicht, kommt darauf an. Auf die Umstände, auf die Ziele, auf die Zweckmäßigkeit der eingesetzten Mittel.«

Die »beabsichtigte Wirkung« der seit 54 Jahren (!) anhaltenden, völkerrechtswidrigen Wirtschafts-, Handels- und Finanzblockade der USA gegen das sozialistische Cuba wird im Kommentar leider nicht erwähnt, ist aber nachzulesen: »Ernüchterung und Ablehnung aufgrund von wirtschaftlicher Unzufriedenheit und Bedrängnis hervorzurufen [...] das wirtschaftliche Leben Kubas durch Verweigerung von Geld und Versorgungsgütern zu schwächen, um die Nominal- und die Reallöhne zu mindern, um Hunger, Verzweiflung und den Sturz der Regierung herbeizuführen«. [Quelle: [Department of State, Foreign Relations of the United States, 1958-1960, Volume VI, Cuba \(1991\), p.885](#)]] Also eine klassisch kolonialistische und imperialistische Politik.

Wenn nun die EU und allen voran (ausgerechnet!) die BRD, die erst den Staatstreich in der Ukraine angefacht und Faschisten in die dortige Putschregierung gebracht haben, Russland wegen dessen Abwehrmaßnahmen gegen die aggressive NATO-Umzingelung mit Strafmaßnahmen überziehen wollen, so spielen sie (100 Jahre nach Beginn des 1. Weltkrieges und 69 Jahre nach Befreiung vom Faschismus vor allem durch die Rote Armee) mit dem Feuer und befördern neue Kriegsgefahren in Europa und praktizieren damit ebenfalls eine klassisch kolonialistische und imperialistische Politik.

Leserbrief v. Walter Hilbig/Essen 19.03.2014

Es ist erstaunlich, dass WAZ-Journalisten sich überhaupt noch an den 2+4-Vertrag erinnern. Der sieht doch vor, „dass von deutschem Boden nur Frieden ausgehen wird“, kein Krieg und keine Feindschaft, auch nicht gegen Russland. Er sieht keinesfalls eine Nato-Erweiterung, auch keinen Lauschangriff und Drohnenkrieg von deutschem Boden vor.

Die Einmischung westlicher Staaten in die inneren Angelegenheiten der Ukraine, die moralische und finanzielle Unterstützung eines rechten Putsches gegen eine demokratisch gewählte Regierung ist aber ein feindlicher Akt gegen die Ukraine und gegen Russland. Das, was auf der Krim geschah ist die Folge dieser Provokation und nicht die Ursache.

Die Feindschaft gegen Putin und Russland geht einher mit einer Kriecherei gegenüber den Mächtigen in Washington. Die USA haben nichts dagegen, wenn die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Russland und Deutschland Schaden erleiden.